

Integration - ein Blick auf neue Herausforderungen für ein raumplanerisches Grundprinzip

Matern, Antje

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Matern, A. (2010). Integration - ein Blick auf neue Herausforderungen für ein raumplanerisches Grundprinzip. In A. Matern, S. v. Löwis, & A. Bruns (Hrsg.), *Integration - Aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung: 12. Junges Forum der ARL 10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg* (S. 1-8). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-357181>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Antje Matern

Integration – ein Blick auf neue Herausforderungen für ein raumplanerisches Grundprinzip

S. 1 bis 8

Aus:

Antja Matern, Sabine von Löwis, Antje Bruns (Hrsg.)

Integration – Aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung

12. Junges Forum der ARL

10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg

Arbeitsmaterial der ARL 353

Hannover 2010

Antje Matern

Integration – ein Blick auf neue Herausforderungen für ein raumplanerisches Grundprinzip

Integration – Stadt-Land-Me(e/h)r: was für ein großer Begriff und was für eine breite Themenpalette für eine kurze Tagung! Denn der Begriff hat viele Gesichter und weckt sehr unterschiedliche Assoziationen. Google verzeichnet 122 Mio. Einträge unter dem Stichwort Integration. Und der Untertitel „Stadt-Land-Me(e/h)r“ schränkt das Themenfeld nicht sonderlich ein. So kann und will dieser Band keine umfassende Analyse der gegenwärtigen Strategien und Konzepte zur Integration, ihrer Anwendungsfelder und Herausforderungen in der räumlichen Planung liefern. Vielmehr fügen sich die Themen in ihrer Vielfalt und mit sehr unterschiedlichen Facetten wie bunte Steine zusammen und können – entsprechend des spezifischen Erkenntnisinteresses und Erfahrungshintergrundes – bei jedem Teilnehmer und Leser ein eigenes Mosaik der Integration entstehen lassen.

Wenngleich eine Definition von Integration schwer fällt, erfolgt hier eine erste Einordnung: In der räumlichen Planung wird unter Integration vor allem die Herstellung eines Ganzen hinsichtlich räumlicher, politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Einheiten verstanden. Integration ist ein planerisches Kernthema, angefangen mit der Integration von unterschiedlichen Argumenten und Sichtweisen in den planerischen Entscheidungs- und Abwägungsprozess, über die Einbindung der Interessen unterschiedlicher Akteure und Sektoralpolitiken in die Planaufstellung bis hin zur Gestaltung von Entwicklungsprozessen. Die Raumplanung sieht sich in der Rolle des Moderators und Vermittlers auf dem Spielfeld unterschiedlicher Ideen, Interessen und Ebenen.

Der Begriff bezeichnet aber auch den Vorgang, in dem Elemente und Interessen verschmolzen werden und einen inneren Zusammenhalt aufbauen. Aber welche Einheit soll eigentlich hergestellt werden und wie lässt sich der Prozess eines Aufbaus von Zusammenhalt planerisch gestalten? Wann ist eine Einheit erreicht und an welchen Kriterien misst man diese? Fördert die Auseinandersetzung mit dem Anderen, mit verschiedenen Sichtweisen und Ideen nicht erst die Vielfalt, die Neuerungen und Innovationen erzeugt? Benötigen nicht beispielsweise Metropolen ein Hinterland, das die metropoliten Dienste nutzt und selbst ökologische Ausgleichs- und Erholungsräume bietet?

Vielfalt und Abspaltung können auch zu Fremdheit und Ausgrenzung führen, d. h. zu sozialer Ausgrenzung ethnischer Minderheiten oder sozial benachteiligter Gruppen sowie zur wirtschaftlichen Abkopplung oder politischen Ausgrenzung von Teilräumen. Aber wie kann beispielsweise der Balanceakt zwischen der Integration unterschiedlicher ethnischer, sozialer, politischer und religiöser Gruppen in die Stadtgesellschaft einerseits und der Erhaltung der Vielfalt des städtischen Lebens, die andererseits gerade die Anziehungskraft von Städten ausmacht, gelingen? Wie lassen sich Raumnutzungskonflikte minimieren und zivilgesellschaftliche Initiativen für Planungsprozesse produktiv nutzen und das Gemeinwohl auch ohne eine restriktive Ordnungsplanung wahren? Die Zielsetzungen von Integration berühren unterschiedliche Aspekte von Planung, von denen drei wichtige Anliegen herausgegriffen werden.

Integration als Teilhabe an ökonomischen und kulturellen Gütern / sozialer Zusammenhalt

Integration auf sozialer Ebene zielt darauf ab, eine Selbstverwirklichung und Teilhabe in sozialer und ökonomischer Hinsicht für alle Mitglieder der Gesellschaft zu ermöglichen (BMAS 2008: I). Eine elementare Basis für das Bekämpfen von sozialer Ausgrenzung ist es, materielle Grundbedürfnisse zu sichern, z.B. im Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung oder Pflegebedürftigkeit. Dabei müssen Strategien zum Abbau sozialer Ausgrenzung und Armut eine dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge (insbesondere über Generationen hinweg) vermeiden, um die angestrebte Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit erreichen zu können (BMAS 2008: I). So können Betreuungs- und Bildungsangebote eine wesentliche Option für den Einstieg in gesellschaftliche Teilhabe und in die ökonomischen Märkte ermöglichen. Dadurch wird eine sozial gerechte Politik schnell zu einem Aspekt räumlicher Planung, denn sie findet nicht nur durch individuenbezogene Angebote statt, sondern in Bildungs- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen und Strategien auf Quartiers- oder Stadtebene. Diese Strategien werden durch Stadtplanung mitgestaltet und bestimmen die lokalspezifischen Rahmenbedingungen für den Prozess der Integration: „Man weiß, dass sich Armut, Homosexualität oder Kindheit (...) anders anfühlen, je nachdem, in welcher Stadt man sie erlebt. Lebenschancen hängen also von Städten ab“ (Löw 2008: 18).

Die Diskussion um Integration, Unterschicht und Exklusion konzentriert sich gegenwärtig wieder stark auf die Situation in Großstädten. In ihnen entsteht ein konfliktreiches Nebeneinander von Wohlstand und Armut, von großbürgerlichen Wohnvierteln und Sozialwohnungsbau, von Karrieren in neuen Dienstleistungsberufen und sozialer Verdrängung durch Deindustrialisierung – die nicht mehr bloße Randerscheinung sind, sondern in denen sich „die neue Qualität der Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland heute“ festschreibt (Kronauer/Vogel 2001: 49). Aber sind Großstädte deshalb nun integrierende oder „ausgrenzende Orte“ und inwiefern fügen sie den Problemen der fehlenden gesellschaftlichen Teilhabe, Armut und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt eine eigene sozialräumliche Dimension hinzu?

Die Betrachtung der sozialräumlichen Interaktionsmuster von sozial Schwachen betont die Bedeutung des Quartiers als planerischen Handlungsraum. Denn bei der Bewältigung ihres Alltags sind Arme und Erwerbslose stärker auf das Quartier angewiesen als finanziell gut Gestellte. Die Ausstattung des Quartiers mit unterstützenden Netzwerken und institutionellen Angeboten (Bildung, Betreuung, Freizeitgestaltung) ist folglich eine wesentliche Determinante und Ressource zur Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen in die Stadtgesellschaft. Das Quartier kann Schutzraum bzw. Rückzugsort sein, in dem man sich unter gleich situierten Personen aufgehoben fühlt und Interventionen von außen (Institutionen, Ämter) kritisch beobachtet. Das Quartier wirkt aber auch als stigmatisierender Ort der Armut, von dem sich andere Bewohner der Stadt distanzieren und abgrenzen wollen.

Integration kann (im Verständnis des Quartiers als Ressourcenraum) ein Bereitstellen von Angeboten und Infrastrukturen im Quartier bedeuten. Dies muss nicht allein Infrastrukturpolitik bedeuten, sondern kann auch in Form von Nutzungsmischung zur Herausbildung von informellen, quartiersgestützten Ökonomien und regelmäßigen Sozialkontakten erfolgen, die Nischen für alternative Überlebensstrategien ermöglichen. Zugleich bedeutet Integration jedoch auch das Respektieren von Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung, das z.B. durch Gentrifizierungsprozesse vielerorts infrage gestellt wird und derzeit beispielsweise sehr aktuell in den öffentlichen Debatten auftaucht und sich z. T. in gewaltsamen Konflikten vor Ort entlädt.

Neben der Integration von unterschiedlichen wirtschaftsstarken Akteuren und sozialen Gruppen haben Städte als traditionelle Orte der Zuwanderung besondere migrationsbedingte Integrationsaufgaben zu bewältigen, die in diesem Band und insbesondere in der Arbeitsgruppe „Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier“ im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Auf diese Aspekte wird nachfolgend stärker eingegangen.

Integration bedeutet Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit

Integration setzt eine gerechte Verteilung von begrenzten Ressourcen voraus. Integration in der Raumentwicklung und Regionalpolitik bedeutet deshalb den Ausgleich von Interessen und Ansprüchen von Akteuren bezogen auf die Ressourcen Raum, Kapital und Infrastruktur – sowohl im Stadtquartier als auch zwischen den Regionen. Ohne einen regionalen Ausgleich können das Auseinanderdriften von Entwicklungen unterschiedlicher Teilräume und die Gefahr der Herausbildung von Gewinner- und Verliererräumen kaum gesteuert werden. Denn die einzelnen Teilräume haben unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen und stehen in Abhängigkeit zueinander. Ungewollte Konsequenzen einer Polarisierung in der Raumentwicklung liegen in der Abkopplung von Teilräumen, die zu Abwanderung, wirtschaftlichem Abschwung und sinkender Versorgung führen und die Lebensqualität sowie Chancen der Teilräume und der betroffenen Akteure langfristig negativ beeinflussen. Das Integrationsprinzip ist deshalb durch die Grundsätze der Chancengleichheit und der gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 1 ROG) gesetzlich verankert. Auf europäischer Ebene wird in der Konvergenz (als Aufholprozess der armen Regionen) ein wesentlicher Beitrag zur Friedenssicherung gesehen, der durch die EU-Strukturpolitik stark gefördert wird (Schön 2006: 385).

Der planerische Ausgleich wird angestrebt, indem sowohl Regeln für Investitionen und Förderschwerpunkte (als Regelgerechtigkeit) festgelegt als auch Ergebnisse der Intervention mit den definierten Zielvorstellungen und Leitbildern (Ergebnisgerechtigkeit) überprüft werden. In der konkreten Umsetzung bieten beide Steuerungsformen Anlass zur Diskussion. So wird einerseits diskutiert, was Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unter den jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen bedeutet¹. Daran angekoppelt sind die Fragen, welche Dimensionen der Lebensqualität miteinander verglichen und welche Kriterien zum Messen von Unterschieden herangezogen werden. Eine dritte Frage ist, wie diese Kriterien hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit für die Ordnung der Raumansprüche bewertet werden können.

Hinsichtlich der Regelgerechtigkeit wird die Debatte um theoretische Konzepte und ihre planerische Implementation geführt. Insbesondere wird hinterfragt, wie die gesetzlich verankerte Gleichwertigkeit und deren operationalisierte Ziele erreicht werden können. Die klassischen Diskussionen lassen sich in Konvergenztheorien und Polarisierungstheorien unterscheiden. Die Debatten um eine Disparitäten ausgleichende Intervention beziehen sich entsprechend der unterschiedlichen Theorieansätze auf die Rolle und Wirksamkeit von Wachstumspolen, Infrastrukturgroßprojekten sowie endogenen Entwicklungspotenzialen oder die Steuerbarkeit von Cluster- und Milieubildung (vgl. Sternberg 2001; Maier/Tödtling 1996). Diese planungstheoretischen Diskurse, planungspraktischen Reaktionen in Form neuer Konzepte und Strategien sowie das Wechselspiel von Raumplanung und Regionalentwicklung sind Inhalte der Arbeitsgruppe

¹ Die neuere Debatte um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erhielt mit der Rede von Bundespräsident Köhler 2004 einen Impuls, indem er unterstellte, dass eine Einebnung der Unterschiede in den Lebensverhältnissen die Zementierung des Subventionsstaates bedeuten würde.

„Räumlicher Zusammenhalt – Integrationsstrategien der Regionen und europäische Kohäsion“ und des Beitrages von Andreas Faludi.

Integration heißt Partizipation und Chancengerechtigkeit

Eine weitere wichtige Einflussgröße auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist die Teilhabe an Willens- und Entscheidungsbildungsprozessen. Partizipation ist u. a. politische Mitwirkung und soziale Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern (Nuscheler 1991: 217). Sie ist die Grundlage für eine unabhängige, selbstbestimmte und endogene Entwicklung durch die betroffenen Akteure.

Partizipation kann zur Entstehung von sozialem Kapital und Vertrauen beitragen, das zur Herausbildung eines ‚Wir-Gefühls‘, z. B. im Stadtteil oder in der Region, führt. Dies stellt eine wichtige Voraussetzung für die Regionsbildung und die Leistungsfähigkeit von Räumen dar, da der Erfolg von Räumen oder Regionen sowohl stark von den Fähigkeiten, Qualifikationen und Erfahrungen der Akteure abhängt, als auch von der Lernfähigkeit und Fähigkeit zur Selbstreflexion ihres regionalen Milieus (Healey 2003; Fürst 2006).

Aufgabe der räumlichen Planung im Anspruch der ganzheitlichen Planung ist es, sicherzustellen, dass die wichtigen Akteure und Interessen in der Willensbildung und Entscheidungsfindung integriert werden und sich wiederfinden. Es stellen sich jedoch methodische Fragen, mit welchen Beteiligungsformen oder welchem Medium die Akteure integriert werden können und wie sichergestellt wird, dass sie sich in ihren unterschiedlichen Handlungslogiken und Fachsprachen verständigen können. Diese Herausforderung ist beispielsweise aus der Koordination von Sektoralpolitiken gut bekannt und wird mit der Einbindung von privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verschiedener Habitus und Subsysteme noch komplexer. Welche neuen Ansätze es gibt, sich dieser Herausforderung zu stellen und zeitgemäße Antworten zu finden, zeigen insbesondere die Beispiele der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: Integration oder Kräftezerren in Planungsprozessen“. Und auch die Arbeitsgruppe „das Integrationsprinzip in der raumbedeutsamen Umweltplanung“ beschäftigt sich mit partizipativen und kooperativen Verfahren im Bereich der Wasser- und Klimapolitik.

Eine Herausforderung der Planer als Prozesskoordinatoren ist, grundlegende Informationen bereitzustellen und aufzubereiten. Planung resultiert u. a. aus der Aufgabe der Sicherung des Schutzes von Menschen und Gütern. Die Diskussionen um Klimaschutz und -anpassung zeigen, dass die Grenzziehung zwischen elementarer Sicherung von Mindeststandards und eines Status quo sowie ausgestaltbarem und akzeptiertem (Rest-) Risiko oft schwer zu definieren ist. Eine besondere Schwierigkeit besteht im Umgang mit Unsicherheit, die im dominierenden linearen Planungsverständnis nicht adäquat berücksichtigt wird. Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe „das Integrationsprinzip in der raumbedeutsamen Umweltplanung“ und der Beitrag von Achim Daschkeit verdeutlichen dies.

Integration als Herausforderung der Raumplanung – Antworten des Jungen Forums

Bei der Tagung des Jungen Forums 2009 in Hamburg wurden Antworten auf aktuelle Fragestellungen zum Thema Integration gesucht. Analytische Fragestellungen wurden ebenso diskutiert wie normative Zielsetzungen, planerische Strategien und Instrumente sowie unterschiedliche räumliche Ebenen (von der Stadtteilebene bis zur europäischen Integration). Der vorliegende Band gibt die Tagungsbeiträge wieder. Die Gliederung des Bandes behält die Struktur der Tagung bei und stellt den Beiträgen der einzelnen Arbeitsgruppen die einführenden Vorträge des Plenums voran.

Plenumsvorträge

Einen umfassenden Überblick über die EU-Politik des territorialen Zusammenhalts in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liefert der erste Beitrag von *Andreas Faludi*. Er weist auf die schwierige Definition der Begrifflichkeiten hin, da diese abhängig von den Akteuren und ihren Kontexten variieren. In den Diskursen lassen sich zudem Kompetenz- und Machtfragen zwischen Nationalstaaten sowie den Staaten und der Europäischen Kommission gut nachvollziehen. Die Aushandlung der Kompetenzen der Raumplanung (bezogen auf die Flächennutzung und als strategische Planung) zieht sich durch die gesamte Geschichte der Europäischen Gemeinschaften. Der Beitrag von Andreas Faludi unterstreicht dies mit der Darstellung der Entwicklungsgeschichte der territorialen Kohäsion – von den Verträgen von Rom und der Einführung der Regionalpolitik über die ‚Windstille‘ in den 1960er Jahren, die Charta von Torremolinos und dem Vorreiter des Europäischen Raumentwicklungskonzepts bis hin zum Europäischen Raumentwicklungskonzept und dem Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen und es wird weiter nach einer dynamischen ‚Europäischen Governance‘ gefragt, die die territoriale Kohäsion als Teil der Regional- und Strukturpolitik integriert und der Raumplanung einen wichtigen Stellenwert zuordnet. Doch dazu – so die These – ist es notwendig die nationalstaatliche Zwangsjacke abzulegen und zu einer ‚sanften Planung für sanfte Räume‘ zu gelangen. Erste Ansätze für neue Strategien mit hoher Innovationskraft zeigt der Ostseeraum, für den im Rahmen eines Modellprojektes eine integrale Strategie erarbeitet und die Belange der Bereiche Umwelt, Verkehr und Raumentwicklung zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den beteiligten Regionen abgestimmt werden.

Der darauffolgende Beitrag von *Achim Daschkeit* konzentriert sich auf die Frage, welche Folgen der Klimawandel für die Raumplanung haben wird. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die These, dass die Unsicherheit über mögliche klimatische Veränderungen und deren Auswirkungen auf unsere natürliche und gebaute Umwelt ein zentrales Problem im Umgang mit dem Klimawandel darstellt. So lässt sich diese Eingangsfrage – was uns mit dem Klimawandel erwartet – nicht beantworten, wenngleich an verschiedenen Forschungseinrichtungen mit unterschiedlichen Modellen Szenarien und Prognosen für die nächsten 100 Jahre gerechnet werden. Eine andere, raumplanungsbezogene Herausforderung ist die Vernetzung und Aktivierung der regionalen Akteure. Handlungsräume der Klimaanpassung decken sich selten mit den bestehenden administrativen Strukturen. So benötigen die neuen Aufgaben adäquate Governancestrukturen, die Akteure der Kommunen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren verbinden und nationale Aktionspläne, wie die Deutsche Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (Bundesregierung 2008), auf regionaler Ebene implementieren. Zugleich helfen die regionalen Willensbildungsprozesse die schwierige Wertediskussion voranzutreiben. Denn nur in einem diskursiven Verfahren und gesellschaftlichen Aushandlungsprozess kann der Wert von Gütern und ökologischen Qualitäten neu definiert werden, die letztlich die planerische Intervention und Maßnahmen beeinflussen.

Arbeitsgruppe 1 – Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier

Der Begriff Integration wird in der gesellschaftlichen Debatte schnell mit dem Thema Zuwanderung assoziiert – Bundeskanzlerin Merkel hat nationale Integrationsgipfel ins Leben gerufen und 2007 einen Integrationsplan als gemeinsame Basis für Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft aufgelegt. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat ein Ministerium geschaffen, das Integration im Namen trägt. Die Integrationspolitik hat zum Ziel, Menschen unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Herkunft gleiche Chancen der Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens

(Bildung, Arbeit, Politik, Kultur etc.) zu verschaffen, Andersartigkeit zu respektieren und ein konfliktarmes Zusammenleben zu ermöglichen.

Ivonne Fischer-Krapohl beschreibt in ihrem Beitrag, wie sich selbstständiges Wirtschaften von Migranten in der Stadt ausprägt und welche Chancen die Migrantenökonomie für die Stadtentwicklung und für die Migranten selbst bietet. Analysiert wird am Beispiel Dortmund die breite Palette von Branchen und Stadtquartieren, wo Unternehmer mit Migrationshintergrund tätig sind, und welche volkswirtschaftliche Leistung sie erbringen.

Neben der Integration von Migranten in die Stadtgesellschaft über wirtschaftliche Teilhabe geht es um zivilgesellschaftliches Engagement im Quartier und kommunale Strategien, um die Neueinwanderung zu beeinflussen. Der einführende Text von *Patricia Jacob* und *Sabine von Löwis* fasst die Diskussionen und das Impulsreferat zu Ehrenamt und dem Hamburger Welcome Center zusammen.

Arbeitsgruppe 2 – Integrationsstrategien der Regionen und europäische Kohäsion

Diese Arbeitsgruppe setzt sich mit der räumlichen Integration auf regionaler und europäischer Ebene auseinander. Dabei werden sowohl aktuelle Tendenzen in der Raumentwicklung ins Blickfeld genommen als auch die Integrationsstrategien vorgestellt, die einen Einfluss auf die Zentrum-Peripherie-Beziehungen und den Ausgleich von regionalen Disparitäten haben.

In einem ersten Block standen Fragen der territorialen Kohäsion auf europäischer Ebene im Mittelpunkt der Betrachtungen. *Fabian Torns* stellte die Positionen und Strategien des grenzüberschreitenden Verflechtungsraums Oberrhein zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts vor. Für die Akteure des Oberrheins kann dies vor allem durch einen höheren Stellenwert der Raumplanung, die Stärkung der regionalen Ebene und die Förderung von Grenzregionen erfolgen.

Der zweite Block innerhalb dieser Themenstellung konzentrierte sich auf die Stadt-Land-Beziehungen und die Rolle von regionalen Entwicklungsagenturen. *Andreas Obersteg* stellte das Konzept der überregionalen Partnerschaften vor, das als Modellvorhaben der Raumordnung derzeit in sechs Räumen in Deutschland erprobt wird². Im Mittelpunkt standen die Strategien des MORO Nord, das durch 13 thematisch unterschiedliche Teilprojekte die Zusammenarbeit zwischen Teilräumen Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins stärken will. *Torsten Thurmann* stellte seine Untersuchung zu Regionalen Entwicklungsagenturen und ihrer Rolle für Prozesse der räumlichen Integration vor. Dazu analysiert er, welche Typen von Entwicklungsagenturen es gibt und welche Aufgaben sie übernehmen sowie welche ihrer regionalpolitischen Strategien den Abbau von Disparitäten innerhalb der Regionen sowie zwischen den Regionen unterstützen.

Arbeitsgruppe 3 – Das Integrationsprinzip in der raumbedeutsamen Umweltplanung

Integration im Bereich der raumbezogenen Umweltplanung scheint dringend geboten, sollen die Umweltprobleme gelöst und die Raumnutzungskonflikte minimiert werden. Folgt man der europäischen Umweltpolitik, so soll ein integriertes Management in neuen Planungs- und Handlungsräumen (z. B. in Küstenregionen oder Flussgebieten) erfolgen. Kommunikation und Partizipation sind Schlüsselprinzipien dieser neuen gemein-

² Dieser Beitrag ist nicht in dem vorliegenden Band veröffentlicht.

schaftsrechtlichen Ansätze und diese werden als Prozessfaktoren in dieser Arbeitsgruppe diskutiert.

Der Beitrag von *Cilli Sobiech* fordert mit Blick auf die Risiken von Naturgefahren eine bessere Präventionskultur in der EU. Dabei wird insgesamt das Fehlen eines übergreifenden und integrativen Ansatzes der Prävention bemängelt, da viele Strategieansätze sektoral ausgerichtet sind. Eine stärkere horizontale und vertikale Koordination benötigt – so die These der Autorin – jedoch einen Mentalitätswechsel und eine neue Präventionskultur in den Mitgliedstaaten. Auch das Forschungsvorhaben KLARA-Net, dessen Ergebnisse von *Frank Buchholz*, *Tobias Kemper* und *Robert Riechel* vorgestellt werden, widmet sich der integrierten Aufgabenbewältigung bei der Klimaadaptation. Ziel ist die Erarbeitung eines Handlungskonzepts für die Region Starkenburg zur Anpassung an den Klimawandel, das als freiwillige Zusammenarbeit von den regionalen Akteuren getragen wird und unterschiedliche Politikfelder anspricht. *Enke Franck* beschäftigt sich mit dem Klimawandel aus konzeptioneller Sicht. Vorgestellt wird der Forschungsverbund „Klimafolgenforschung – Szenarien für die Klimaanpassung“ (KLIFF), der für Niedersachsen die Forschungsaktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zusammenführen soll. *Susanne Bieker* und *Birte Frommer* diskutieren die Herausforderungen der Bestandssanierung der Infrastruktursysteme in Deutschland³. Durch den demographischen Wandel und die Auswirkungen des Klimawandels haben sich die Rahmenbedingungen für die Siedlungswasserwirtschaft verändert, die nach flexibleren, semizentralen und lokal spezifischen Lösungen verlangen.

Arbeitsgruppe 4 – Zivilgesellschaft: Integration oder Kräftezerren in Planungsprozessen?

Schlüsselprinzipien der Partizipation und die Rolle von Staat und Zivilgesellschaft sowie Ansatzmöglichkeiten der Integration von zivilgesellschaftlichen Raumansprüchen stehen im Fokus dieser Arbeitsgruppe. Neben einer theoriegeleiteten Diskussion über Planungsansätze werden Erfahrungen aus der Planungspraxis vorgestellt, in denen mit innovativen Beteiligungs- und Integrationsansätzen Planungsprozesse weiterentwickelt wurden.

Eine verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft in Planungsprozesse wird durch rechtlich verankerte Instrumentarien in der Fachplanung und im Städtebaurecht gefördert. Im Vortrag von *Cathrin Zengerling* wurden diese Rechtssetzungen kritisch reflektiert und herausgearbeitet und mit den Anforderungen der Praxis, hier anhand von Business Improvement Districts, gespiegelt⁴. Die Integration von privaten Eigentümern in Stadtumbauprozesse diskutiert auch der Beitrag von *Elena Wiezorek*. Da es in traditionellen Verfahren häufig noch nicht gelingt, ein bürgerschaftlich getragenes Quartiersmanagement zu etablieren, werden Besonderheiten von Eigentümerstandortgemeinschaften und die Erwartungen der privaten wie öffentlichen Akteure an die Kooperation in den Fokus genommen.

Anhand eines Planungsprozesses zur Revitalisierung einer Brachfläche diskutiert *Nils Scheffler* die Grenzen und Sinnhaftigkeit von Beteiligungsverfahren. Der dargestellte Planungsprozess verbindet Elemente des Bottom-up-Ansatzes, um Wünsche und Ideen potenzieller Nutzer einzubinden, und Top-down-Ansätze in Form eines städtebaulichen Wettbewerbes in einem finanziell relativ wenig aufwendigen Verfahren. Der Beitrag von *Gabriele Schmidt* konzentriert sich auf den Stellenwert lokaler Partnerschaften in

³ Dieser Beitrag ist nicht in dem vorliegenden Band veröffentlicht.

⁴ Dieser Beitrag ist nicht in dem vorliegenden Band veröffentlicht.

der Stadtpolitik für benachteiligte Quartiere. Dazu werden erprobte Strategieansätze aus Großbritannien kritisch analysiert und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit im Rahmen des Programms der Sozialen Stadt in Deutschland untersucht.

Literatur

- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2008): Lebenslagen in Deutschland – der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Kurzfassung. Berlin.
- Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Berlin.
- Fürst, D. (2006): Kulturlandschaft – von Placemaking zu Governance-Arrangements. Online unter: <http://www.irs-net.de/download/Kulturlandschaft-Fuerst-Text.pdf>, Zugriff am 15.01.2008.
- Healey, P. (2003): Collaborative Planning in Perspective. In: Planning Theory 2, 2, 101-123.
- Kronauer, M.; Vogel, B. (2001): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: SOFI-Mitteilungen Nr. 29/2001, 45-58. Online unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/Nr._29/kronauer-vogel.pdf, Zugriff am 26.07.2009.
- Löw, M. (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt.
- Maier, G.; Tödtling, F. (1996): Regionalentwicklung und Regionalpolitik. Wien u. a.
- Nuscheler, F. (1991): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn.
- Schön, K.-P. (2006): Territoriale Kohäsion auf europäischer Ebene – Ziele und Wege. In: Informationen zur Raumentwicklung 6/7, 383-391.
- Sternberg, R. (2001): New Economic Geography und neue regionale Wachstumstheorie aus wirtschaftsgeographischer Sicht. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 3-4, 159-180.